



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Wirtschaft im Wandel

12/2006

20.12.2006, 12. Jahrgang

Ulrich Blum

Editorial

Udo Ludwig

Aktuelle Trends:

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:

Kräftiges Produktionswachstum hält bis
Jahresende an

Hans-Ulrich Brautzsch

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:

Leichte Besserung der Arbeitsmarktlage

Martina Kämpfe

Polen: Gute Konjunktur
trotz politischer Unsicherheiten

Mirko Titze

Schwierigkeiten der Investitionsförderung

– Der Fall CargoLifter AG

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im November 2006



Editorial

Weihnachten steht vor der Tür. Einerseits glänzen die Konsumtempel, andererseits werden Vermögensarmut, Einkommensarmut, Bildungsarmut, fehlende Chancen der Partizipation verstärkt wahrgenommen. Weihnachten provoziert offensichtlich eine Diskussion über Gerechtigkeit.

Die ökonomische Lehre fordert, aus Effizienzgründen Produktion und Verteilung zu trennen. Da in einer dynamischen Wirtschaft aber jede Verteilung Ausgangspunkt einer neuen Produktionsrunde ist, verschwimmt die Unterscheidung zwischen einer Gerechtigkeit in den Ausgangsbedingungen und einer der Ergebnisse. Diese Umverteilung führt zwangsweise zu adversen Effekten bei denen, denen genommen wird. Mit den Grenzen einer derartigen Nivellierung durch den modernen Sozialstaat befaßt sich die Ordnungsethik: Die Soziale Marktwirtschaft fordert soziale Absicherung, um Risiko kalkulierbar zu machen: Ein möglicher Absturz darf nicht existenzvernichtend wirken.

Weil wir die Chancen der Globalisierung infolge einer Verzögerung des institutionellen Umbaus nur begrenzt nutzen, ist der Staat zunehmend weniger in der Lage, eine „Menschwürdige Wirtschaftsordnung“ zu gewährleisten, wie dies die jährlichen Tagungen des IWH zu diesem Thema zeigen. Fehlende politische Kraft, unzureichender politischer Wille und auch mangelnde Kreativität führen erst dazu, daß denen, die weniger Chancen haben, so schwer zu helfen ist. In Amerika debattieren die Demokraten aktuell intensiv, wie sie die dortige „Gerechtigkeitslücke“ schließen können. Im „Krieg gegen die Ungleichheit“ werden fünf staatliche Handlungsfelder diskutiert: Verringerung der Spreizung der Bruttoentgelte durch Erhöhung der Mindestlöhne und/oder Begrenzung der obersten Gehälter; Verringerung der Spreizung der Nettoentgelte über die Steuerpolitik; Stabilisierung der Einkommen der Mittelschicht durch entsprechende negative Einkommensteuern; Verbessern der Absicherung in der Sozialversicherung. Fast immer werden sie verworfen wegen fehlender Durchsetzungsmöglichkeit, Finanzierung und sonstiger adverser Effekte.

Es bleibt ein letztes Feld: Verbesserung von Bildung und Ausbildung; hier fasziniert die Argumentation: Gelingt es nämlich, den Pool der Begabten besser auszuschöpfen, dann entsteht mehr Konkurrenz am Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte: Das begrenzt die Einkommen am oberen Ende der Skala durch zusätzliche Beschäftigung: Bessere Kindergärten, Schulen, Universitäten und ergänzende Stipendienprogramme, sind sie der Königsweg? Deutschland sollte in diesen Teil der Debatte dringend einsteigen!

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*

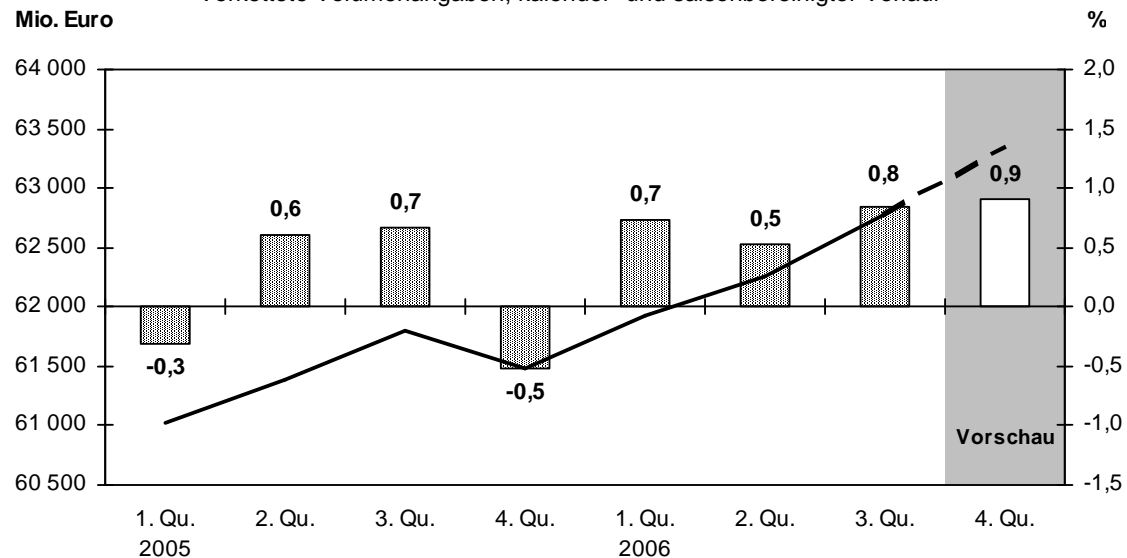
Aktuelle Trends

IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland *

Kräftiges Produktionswachstum hält bis Jahresende an

Reales Bruttoinlandsprodukt in Mio. Euro und Veränderung gegenüber Vorquartal in %

– Verkettete Volumenangaben, kalender- und saisonbereinigter Verlauf –



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder; Vierteljährliche VGR des IWH für Ostdeutschland, Stand: 13. Dezember 2006.

Die ostdeutsche Wirtschaft hat auch im dritten Vierteljahr Anschluß an den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland gehalten. Der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts lag geringfügig über der gesamtdeutschen Rate. Den stärksten Beitrag leistete – wie so oft in den vergangenen Jahren – das Verarbeitende Gewerbe nach Überwindung der Wachstumsdelle im Frühjahr. Im Baugewerbe stieg die Wertschöpfung dank der hohen Nachfrage der Investoren an baulichen Anlagen und Wohnbauten in diesem Jahr das zweite Mal in Folge, es trug damit erneut zum Wachstum bei. Davon profitierte auch der Bereich Steine und Erden. Insgesamt hat der Auftrieb im Produzierenden Gewerbe auf die Unternehmensdienstleister übergreifen. Allerdings legte deren Wertschöpfung nur geringfügig stärker als davor zu. Kräftige Zuwächse kamen dagegen aus dem Handel und dem Gastgewerbe. Der Aufschwung im Gastgewerbe ebte jedoch mit dem Ende der Fußballweltmeisterschaft wieder ab.

Für das letzte Quartal signalisieren die Indikatoren eine Fortsetzung des hohen Wachstumstempos. Im Verarbeitenden Gewerbe nahmen die Bestellungen im dritten Quartal wieder kräftig zu, und zwar sowohl aus dem Inland wie dem Ausland, in den neuen Bundesländern nach dem aktuellen Datenstand auch im Oktober. Wieder mehr Bestellungen aus dem Inland erhielten insbesondere die Produzenten von Investitions- und von Gebrauchsgütern. Die Geschäftsaussichten der Industrieunternehmen weisen weiterhin nach oben. Im Bauhauptgewerbe stiegen die Bestellungen in den Monaten Juli bis September nochmals, und die Unternehmen meldeten erneut eine kräftige Verbesserung ihres Geschäftsklimas, wenngleich der Höhenflug bei der Einschätzung von Lage und Aussichten deutlich gebremst scheint. Auch die Unternehmensdienstleistungen legten zu. Insgesamt dürfte damit das Bruttoinlandsprodukt der neuen Länder im Jahr 2006 um zwei Prozent steigen.

Die Werte des Konjunkturbarometers für das erste Halbjahr wurden nach der amtlichen Erstveröffentlichung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts überarbeitet.

Udo Ludwig, Franziska Exß
(Udo.Ludwig@iwh-halle.de, Franziska.Exss@iwh-halle.de)

* Zur Berechnung des IWH-Konjunkturbarometers für Ostdeutschland siehe Wirtschaft im Wandel 16/2003, S. 471 f.

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland

– Kurzfassung –

Im Verlauf des Jahres 2006 hat sich die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt etwas gebessert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 10 000 (0,2%) gegenüber dem Vorjahr zu. Sogar die Zahl der sozialpflichtige Beschäftigten, die nicht gefördert werden, stieg leicht an. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm um etwa 100 000 Personen ab,

was ausschließlich auf den Rückgang des Arbeitsangebots zurückzuführen ist. Im Jahr 2007 wird sich infolge des schwachen Produktionswachstums die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt wieder verschlechtern.

Hans-Ulrich Brautzsch (Seite 353)

Polen: Gute Konjunktur trotz politischer Unsicherheiten

– Kurzfassung –

Die wirtschaftliche Entwicklung in Polen hat in diesem Jahr vor allem von der Nachfrage nach Investitionsgütern im Inland und aus dem Ausland profitiert. Im Inland wurde sie auch von einer nochmals weiter gelockerten Geldpolitik stimuliert. Im Ausland hat sich die konjunkturelle Lage weiter aufgehellt. Die Trendwende am Arbeitsmarkt hin zu einem Beschäftigungsaufbau hat sich verfestigt, die Arbeitslosenrate ging im Jahresverlauf weiter zurück. Die wirtschaftlichen Aussichten für das laufende und das nächste Jahr bleiben trotz einiger Risiken positiv. Weitere Impulse für eine rege Expansion der Wirtschaftsleistung werden vor allem von der Binnenwirtschaft kommen, während der Außenbeitrag aufgrund der anhaltend starken Im-

portentwicklung in etwa neutral ausfallen dürfte. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit 5,2% deutlich kräftiger als im Vorjahr expandieren. Im nächsten Jahr dürfte der Zuwachs ebenfalls hoch ausfallen und um die 5% liegen. Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung gehen allerdings von der politisch instabilen Lage im Land selbst aus. Die noch bestehenden weitgehenden Unklarheiten bezüglich wichtiger wirtschaftspolitischer Weichenstellungen der Regierung bergen die Gefahr, daß Polen unter diesen Umständen mittelfristig sein Wachstumspotential nicht erreichen kann.

Martina Kämpfe (Seite 355)

Schwierigkeiten der Investitionsförderung – Der Fall CargoLifter AG

– Kurzfassung –

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit einem konkreten Fall der Wirtschaftsförderung – der Gewährung von Investitionszuschüssen an die CargoLifter AG durch die brandenburgische Landesregierung. Letztendlich wollte man durch diese Ansiedlungspolitik den Totalabsturz der Wirtschaft im Land Brandenburg, das besonders vom Strukturwandel betroffen ist, verhindern. Die Nützlichkeit der öffentlichen Förderung von Großinvestitionen war in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand einer kontrovers geführten wirtschaftspolitischen Debatte. Nach einer anfänglichen Euphorie mit dem Einwerben von rund 220 Mio. Euro am Kapitalmarkt und der Zahlung von Subventionen in Höhe

von insgesamt rund 50 Mio. Euro im wesentlichen über die GA-Förderung geriet das Unternehmen zusehends in finanzielle Schwierigkeiten. Einerseits agierte das Projektmanagement dieses Unternehmens mangelhaft, andererseits ist aber auch die Wirksamkeit des Förderinstruments kritisch zu hinterfragen. Der vorliegende Beitrag zeigt, daß Argumente für die Förderung der CargoLifter AG vorgelegen haben. Die Entscheidung, dieses Vorhaben auf der Grundlage der GA-Förderung zu subventionieren, ist eine wesentliche Ursache für das Scheitern dieses Unternehmens.

Mirko Titze (Seite 359)

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland: Leichte Besserung der Arbeitsmarktlage

Im Verlauf des Jahres 2006 hat sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt etwas gebessert. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm gegenüber dem Vorjahr um etwa 10 000 (0,2%) zu (vgl. Tabelle 1). Der Anstieg ist dabei nur zu einem geringeren Teil auf die Ausweitung staatlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen.

Bemerkenswert ist die Zunahme der Zahl der nicht geförderten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse.¹ Zuwächse gab es insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern. Ein Indiz für eine leichte Aufhellung der Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt ist die Entwicklung der Zahl der gemeldeten Stellen, die nicht gefördert werden: Sie stieg in Ostdeutschland (ohne Berlin) von Januar bis November von ca. 28 000 auf 52 000 an.²

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm saisonbereinigt von Januar bis November um etwa 100 000 Personen ab. Den entscheidenden Einfluß hatte wie bereits in den Vorjahren der Rückgang des – an der Zahl der Erwerbsfähigen gemessen – Arbeitsangebots. Dieses nahm gegenüber dem Vorjahr um ca. 180 000 Personen ab.³

Im kommenden Jahr wird die Zahl der Erwerbstätigen infolge des abgeschwächten Produktionswachstums wieder sinken. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird dennoch abnehmen, da das Angebot weiter sinkt. Die Arbeitslosenquote wird in Ostdeutschland aber noch doppelt so hoch sein wie in den alten Bundesländern. Insgesamt wird sich im Jahr 2007 die an sich schon schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder verschlechtern.

¹ Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht zwei Monate nach dem Berichtsmonat erstmals Angaben zur Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dabei werden für die letzten Monate hochgerechnete Zahlen verwendet, da noch nicht alle Meldungen eingegangen sind. Dies führt in den Folgemonaten zu Korrekturen, die die Einschätzung des Verlaufs beeinflussen können. Deshalb ist die oben beschriebene Entwicklung vorsichtig zu bewerten, zumal der Zuwachs der Zahl der nicht geförderten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten relativ klein ist.

² Hierbei handelt es sich nur um die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Vakanzen. Die tatsächliche Zahl an offenen Stellen ist wesentlich höher. Vgl. hierzu KETTER, A.; SPITZNAGEL, E.: Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot: kräftiger Anstieg nach jahrelangem Rückgang. IAB-Kurzbericht Nr. 06/2006.

³ Vgl. Tabelle 2, Zeile 1.

Tabelle 1:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland^a 2005 und 2006

	2005	2006	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer	4 997	5 003	6
SV-pflichtig Beschäftigte	3 961	3 965	4
geförderte ^b	85	79	-6
nicht geförderte	3 876	3 886	10
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	513	519	6
1-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung) ^c	88	98	10
Sonstige	435	421	-14
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	602	607	5
Geförderte Selbständige	84	82	-2
Ich-AG	67	66	-1
Überbrückungsgeld	16	11	-5
Einstiegsgeld (Variante: Selbständigkeit)	1	4	3
Gründungszuschuß		1	1
Nicht geförderte Selbständige	518	525	7
Erwerbstätige (Inland)	5 599	5 610	11
<i>darunter:</i>			
geförderte Erwerbstätige	257	259	2
<i>Nachrichtlich:</i>	Mio. Stunden		
Arbeitsvolumen	8 372	8 381	9

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuß bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegsgeld für abhängig Beschäftigte; 1- Euro-Job (Entgeltvariante). – ^c Einschließlich Arbeitsgelegenheiten nach der Initiative für Arbeitslosenhilfempfänger (Restabwicklung).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: August 2006); Berechnungen des IWH.

Hans-Ulrich Brautzsch
(Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

Tabelle 2:
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland

		2004	2005	2006	2007
		in 1 000 Personen			
1	Erwerbsfähige ^a	9 352	9 206	9 024	8 845
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 663	5 599	5 610	5 575
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)-(15)-(16)]	5 578	5 464	5 473	5 435
4	<i>Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen im ersten Arbeitsmarkt und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt^b</i>	157	127	134	135
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(3)-(4)]</i>	5 421	5 334	5 339	5 300
6	Pendlersaldo	-388	-403	-400	-400
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)-(6)]	6 051	6 002	6 010	5 975
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)-(15)-(16)]	5 966	5 867	5 873	5 835
9	<i>darunter: Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(8)-(4)]</i>	5 809	5 737	5 739	5 700
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	1 680	1 675	1 568	1 525
11	<i>Arbeitslose</i>	1 300	1 295	1 195	1 170
12	<i>Sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)+(22)]</i>	380	380	373	355
13	<i>Arbeitslose nach §§ 125, 126 SGB III</i>	32	33	33	28
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	12	10	10
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	80	43	33	25
16	<i>I-Euro-Jobs</i>	5	92	104	115
17	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	50	30	30	25
18	<i>Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen</i>	25	16	16	12
19	<i>Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen</i>	4	1	0	0
20	<i>Vorruehändler^d</i>	136	136	135	130
21	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	7	7	7	7
22	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	28	10	5	3
23	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve ^f [(8)+(10)-(14)-(21)]	7 620	7 431	7 370	7 228
		in % (Inländerkonzept)			
24	Erwerbsbeteiligungsquote [(23)/(1)*100]	81,5	80,7	81,7	81,7
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	63,8	63,7	65,1	66,0
26	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Teilnehmer an direkten Eingliederungshilfen und arbeitsmarktpolitischen Programmen im ersten Arbeitsmarkt [(9)/(1)*100]	62,1	62,3	63,6	64,4
27	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	64,7	65,2	66,6	67,5
28	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(23)*100]	22,0	22,5	21,4	21,1
29	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)] / (10) * 100}	79,3	79,3	78,3	78,6
30	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)] / [(7)+(11)+(13)] * 100}	18,0	18,1	17,0	16,7
31	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)] / (23) * 100}	7,0	6,9	6,9	6,8
		in Millionen Stunden			
32	Geleistetes Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) [(33)*(2)/1000]	8 541	8 372	8 381	8 301
		in Stunden			
33	Geleistetes Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen (Inland)	1 508,2	1 495,3	1 494,0	1 489,0
		in 1 000 Personen			
34	Gemeldete Stellen	47,0	69,3		
35	Offene Stellen insgesamt ^g	132	165		
		Personen			
36	Unterbeschäftigte je gemeldete Stelle [(10)/(34)*100]	35,7	24,2		
37	Unterbeschäftigte je offene Stelle insgesamt [(10)/(35)*100]	10,4	10,2		

Tabellenerklärung:

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Unternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuß; Überbrückungsgeld; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und am Programm JUMP+ sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt); durch PSA betreute Personen, durch „Kapital für Arbeit“ beschäftigte Personen; geförderte Selbständige (Überbrückungsgeld, Ich-AGs“, Gründungszuschuß, Einstiegsgeld – Variante Selbständigkeit); Entgeltsicherung für Ältere. – ^c Einschließlich traditioneller Strukturanpassungsmaßnahmen; ab 2002: einschließlich Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen. – ^d Einschließlich der Arbeitslosen nach § 428 SGB III. – ^e Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der sogenannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten. – ^g Zu den *Offenen Stellen insgesamt* zählen die bei den Arbeitsämtern *gemeldeten Stellen* sowie die dem Arbeitsamt *nicht gemeldeten offenen Stellen*, die vom IAB durch eine Hochrechnung ermittelt werden. Bei den Offenen Stellen insgesamt wird Berlin-Ost zu Ostdeutschland und Berlin-West zu Westdeutschland gezählt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Stand: August 2006); Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

Anmerkungen:

Mit dem Dritten Gesetz für Moderne Dienstleistungen, das seit dem 1. Januar 2004 in Kraft ist, wurde der § 16 des SGB III ergänzt. Danach gelten alle Teilnehmer an Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik prinzipiell nicht als arbeitslos. Dies entspricht grundsätzlich der bisher angewandten Praxis. Eine Änderung ergibt sich allein für die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die bisher auch während der Dauer der Maßnahme als arbeitslos gezählt wurden. In der Arbeitsmarktbilanz des IWH wird die Zahl dieser Personen separat als eine Form der Unterbeschäftigung (Zeile 18) erfaßt.

Ab dem vierten Quartal 2004 werden durch die Bundesagentur für Arbeit in Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern und anderen regionalen Beschäftigungsträgern für Arbeitslose zusätzliche 1-Euro-Jobs angeboten. Die Personen mit einem 1-Euro-Job werden nicht mehr als arbeitslos registriert und gelten als beschäftigt. Sie sind damit in der IWH-Arbeitsmarktbilanz in den Größen „Erwerbstätige“ und „Sonstige Unterbeschäftigte“ enthalten.

Polen: Gute Konjunktur trotz politischer Unsicherheiten

Die wirtschaftliche Lage in ausgewählten mittel- und osteuropäischen Ländern wird vom IWH in regelmäßigen Abständen analysiert, insbesondere unter dem Fokus der Konvergenzbestrebungen dieser Länder im Rahmen der erweiterten EU. Polen als größtem unter den neuen Mitgliedsländern kommt hierbei wegen seines wirtschaftlichen Gewichts innerhalb der Region besonderes Augenmerk zu. Aktuell steht das Land außerdem aufgrund der skeptischen Haltung der derzeitigen Regierung zu wichtigen europapolitischen Fragestellungen im öffentlichen Interesse. Dazu zählt auch die Übernahme des Euro, zu der Polen sich mittelfristig mit dem EU-Beitritt verpflichtet hat.

Die wirtschaftliche Dynamik hat sich in Polen in diesem Jahr weiter kräftig beschleunigt, nachdem sie sich im vergangenen Jahr von einer konjunkturellen Delle schrittweise erholt hatte. Schon im Laufe des zweiten Halbjahres 2005 war es zu einer spürbaren Belebung der Wirtschaft gekommen. Träger waren die Industrieproduktion, insbesondere der Maschinenbau, die einen kräftigen Anstieg zu verzeichnen hatte, aber vor allem auch das Baugewerbe, das erstmals seit Jahren wieder mit

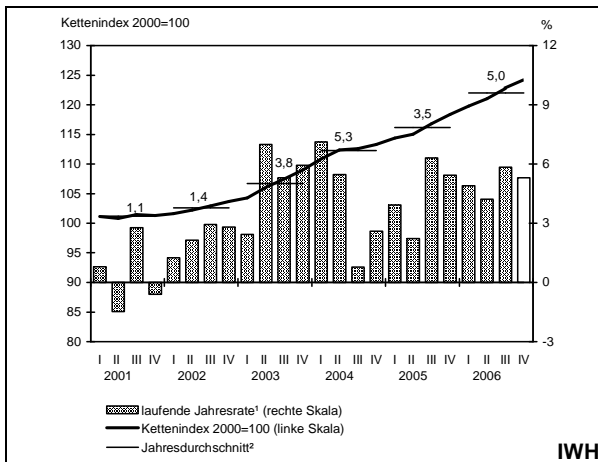
hohen, zweistelligen Zuwachsraten expandierte. Diese Belebung hat sich in den Folgemonaten seit Beginn des Jahres weiter verstärkt.

Stimuliert wurde die wirtschaftliche Expansion vor allem von der Binnennachfrage. Insbesondere der private Konsum nahm beschleunigt zu, während er noch im Vorjahr stagnierte. Dazu trugen die deutlich gestiegenen Realeinkommen bei. Die wachsende Beschäftigung, höhere Reallöhne und eine entsprechende Anpassung der Sozialleistungen an die Lohnsteigerungen wirkten sich hier aus.⁴ Zudem nahmen die Kreditausreichungen der Banken an private Haushalte zu. Der Einzelhandel stieg mit zweistelligen Raten, die Inflationsrate blieb sehr niedrig.

Für die kräftig gestiegene Dynamik der Investitionen war vor allem die anhaltend günstige Lage im Unternehmenssektor ausschlaggebend. Ähnlich wie schon in der zweiten Hälfte des vergangenen

⁴ Der Anstieg der Beschäftigung im Unternehmensbereich betrug zwischen Januar und Oktober 2006 im Vergleich zum Vorjahr 2,8%. Die durchschnittlichen Reallöhne stiegen zwischen Januar und September um 4,1%. Vgl. Główny Urząd Statystyczny, Biuletyn Statystyczny, 10/2006, Warszawa, S. 56 und 29.

Abbildung 1:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Polen
- Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf -



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Amt Polen, 4. Quartal 2006: Prognose des IWH; Berechnungen des IWH.

Jahres verzeichneten die Unternehmen in diesem Jahr eine deutliche Verbesserung der Gewinnsituation sowie eine hohe Liquidität. Offensichtlich ist das Vertrauen der Wirtschaftsakteure in einen anhaltenden Konjunkturaufschwung ungeachtet politischer Unsicherheiten weiter gestiegen. Die Unternehmensinvestitionen wurden überwiegend aus Eigenmitteln finanziert. Die gestiegene Nachfrage nach polnischen Erzeugnissen auch aus dem Ausland sorgte für ausgelastete Produktionskapazitäten und eine zunehmende Beschäftigung.⁵ Neben einer Ausweitung der Investitionstätigkeit führte die verbesserte finanzielle Lage auch zu einem Anstieg der Bankeinlagen. Außerdem wurden Investitionen verstärkt aus Krediten finanziert, worauf die beschleunigt gestiegene Verschuldung bei den Banken hinweist.⁶ Diese Entwicklungen lassen künftig eine weitere Verstärkung der Unternehmensinvestitionen erwarten.

Der Beitrag der Außenwirtschaft zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts nahm hingegen in diesem Jahr aufgrund der wieder stärker wachsenden Importe ab.

⁵ Das geht aus den Umfragen hervor, die das Statistische Amt regelmäßig bei Unternehmen durchführt. Vgl. http://www.stat.gov.pl/dane_spolgosp/prod_bud_inw/koniu_przem_bud_hand/2006/10/10.pdf

⁶ Im Unterschied zu früheren Jahren verschulden sich Unternehmen verstärkt in einheimischer Währung, bei Fremdwährungen ist ein Rückgang zu verzeichnen. Vgl. NBP: Raport o inflacji-pazdziernik, Warszawa 2006, S. 55 f.

Tabelle 1:
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung für Polen
in den Jahren 2004 bis 2007

	2004	2005	2006	2007
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	5,4	3,4	5,2	4,9
Private Konsumausgaben	4,3	1,8	4,8	2,5
Staatskonsum	3,1	5,3	4,0	1,8
Anlageinvestitionen	6,4	6,5	11,5	13,0
Exporte	14,0	8,0	13,0	11,0
Importe	15,2	4,7	13,0	12,0
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	3,5	2,1	1,2	2,2
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote ^a	19,0	17,8	14,5	13,0

^a Arbeitslosenquote. Jahresdurchschnitte, nationale Statistik nach ILO-Methode.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

Tabelle 2:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg
des realen Bruttoinlandsprodukts
- in Prozentpunkten -

	2004	2005	2006	2007
Konsumausgaben	3,3	2,2	3,4	2,7
Private Haushalte	2,8	1,3	2,6	2,0
Staat	0,5	0,8	0,8	0,7
Anlageinvestitionen	1,1	1,2	1,8	2,2
Inlandsnachfrage	6,1	2,3	4,9	4,9
Außenbeitrag	-0,8	1,2	0,3	0,0
Bruttoinlandsprodukt ^a	5,3	3,4	5,2	4,9

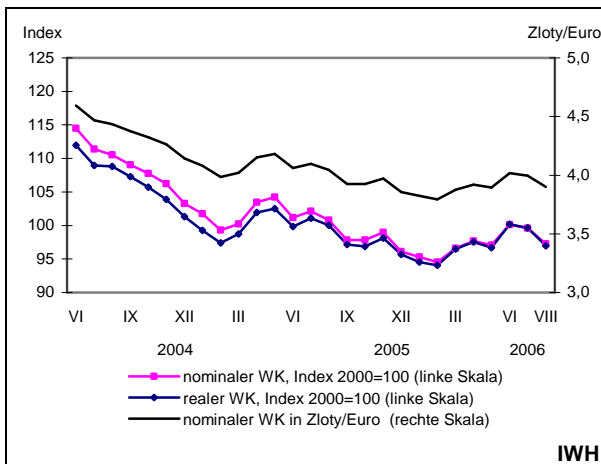
^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Amt Polen; 2006 und 2007: Prognose des IWH.

Höhere Importe vergrößern Handelsbilanzdefizit, Leistungsbilanz verschlechtert sich leicht

Die deutliche Aufhellung der europäischen Konjunktur gegen Ende vergangenen Jahres schlug sich auch in der Außenhandelstätigkeit Polens nieder. Während sich im vergangenen Jahr die Entwicklung der Exporte und Importe zunächst deutlich abgeflacht hatte, zogen sie im zweiten Halbjahr wieder an. Die Importe legten angesichts der steigenden Konsum- und Investitionsgüternachfrage kräftig zu. Die Exporte sind vor allem mit der zum Jahresbeginn wieder zunehmenden ausländischen Nachfrage rege gewachsen. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Ausfuhren in die osteuropäischen Länder außerhalb der EU, darunter

Abbildung 2:
Wechselkurs des Zloty gegenüber dem Euro
- Juni 2004 bis August 2006, Durchschnitt 2000 = 100 -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

insbesondere in die Ukraine (+158%). Der Anteil Deutschlands als größtem Handelspartner an den Gesamtausfuhren blieb nahezu unverändert. Die Ausfuhren insgesamt stiegen auf Eurobasis in den ersten neun Monaten 2006 um 23,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Hierzu trug einerseits die Wechselkursentwicklung bei. Der nominale und reale Kurs des Zloty, der in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt stark aufgewertet hatte, schwächte sich zuletzt ab. Möglicherweise können sich hierin Unsicherheiten über den allgemeinen Kurs der Regierung, ihre Europa-Politik und speziell hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung zeigen.

Andererseits spiegelt sich in der Exportentwicklung aber auch die günstige Wettbewerbsposition der polnischen Anbieter wider.⁷

Die Beschleunigung des Importanstiegs um nahezu zehn Prozentpunkte auf 22% gegenüber 2005 fiel deutlich stärker aus als bei den Exporten. Die größten Zuwächse gab es bei den Importen aus Rußland und China, die Einfuhren stiegen hier doppelt bzw. dreimal so schnell wie im Durchschnitt. Bei Rußland wirkten sich dabei vor allem die gestiegenen Energiepreise aus. Das Handelsbilanzdefizit hat sich im Ergebnis der starken Importentwicklung in den ersten neun Monaten um 1 Mrd. Euro auf knapp 8 Mrd. Euro vergrößert,

⁷ Die günstige Exportentwicklung deutet auf eine verbesserte Wettbewerbsposition aufgrund von Qualitätsmerkmalen hin, hingegen entwickelten sich die Arbeitskosten aufgrund der gestiegenen Lohnstückkosten eher ungünstig. Vgl. WIIW: Wirtschaftswachstum hält in den MOEL an. Wien, Mai 2006.

das entspricht etwa 3% des Bruttoinlandsprodukts. Gegenüber der Europäischen Union konnte der bestehende Überschuß hingegen auf 4,3 Mrd. Euro ausgeweitet werden.

Tabelle 3:
Außenhandel Polens nach Regionen
- auf Eurobasis -

	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %			Anteil am Gesamthandel in %		
	2004	2005	I-IX 2006	2004	2005	I-IX 2006
<i>Exporte</i>						
Industrieländer ^a	23,1	17,4	22,6	85,2	83,6	83,4
EU-25	22,7	16,7	23,9	79,1	77,2	77,5
Deutschland	16,5	12,5	19,3	30,0	28,2	27,5
Schwellenländer ^b	41,6	32,1	20,1	6,1	6,4	6,2
Übrige MOE-Länder ^c	42,8	32,9	30,2	8,7	10,0	10,4
Rußland	72,0	37,9	15,3	3,8	4,4	4,2
Insgesamt	25,6	19,6	23,2	100	100	100
<i>Importe</i>						
Industrieländer ^a	15,5	9,8	15,6	75,8	73,3	70,2
EU-25	15,7	9,3	15,9	67,9	65,6	62,8
Deutschland	17,0	15,1	16,7	24,2	24,7	23,8
Schwellenländer ^b	31,2	21,3	40,0	14,3	15,1	16,9
China	28,7	34,2	35,6	4,6	5,4	5,8
Übrige MOE-Länder ^c	19,3	32,9	40,9	9,9	11,6	12,9
Rußland	11,6	39,7	46,4	7,3	8,9	10,2
Insgesamt	17,9	13,8	22,0	100	100	100

^a Kanada, USA, europäische Länder außer denen unter Schwellenländern und übrige MOE-Länder aufgelisteten, Australien, Neuseeland, Japan, Südafrika. – ^b Afrika (außer Südafrika), Mittel- und Südamerika, Asien (außer Japan). – ^c Albanien, Bulgarien, Kroatien, Moldavien, Rußland, Rumänien, Ukraine, Weißrußland. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Amt Polen; Berechnungen des IWH.

Das Leistungsbilanzdefizit hat sich gegenüber dem Vorjahr vergrößert und betrug nach sechs Monaten knapp 2,6 Mrd. Euro.⁸ Darin schlug sich neben dem größeren Defizit in der Handelsbilanz vor allem die stärkere Passivierung der Einkommensbilanz aufgrund von höheren Gewinntransfers ausländischer Direktinvestoren und Dividendenzahlungen an ausländische Portfolioinvestoren nieder, hingegen die Überweisungen polnischer Arbeitnehmer aus dem Ausland erneut einen Überschuß in der Transferbilanz bewirkten.

⁸ Für das Gesamtjahr 2006 dürfte das Leistungsbilanzdefizit mit etwa 5 Mrd. Euro bei 2% des BIP liegen.

Geldpolitik bleibt bei anhaltend niedriger Inflationsrate gelockert

Zur Jahresmitte 2005 hatte die Polnische Nationalbank (NBP) angesichts der nur verhaltenen wirtschaftlichen Entwicklung ihre Strategie von einer neutralen Geldpolitik wieder hin zu einer stärkeren Lockerung geändert und die Leitzinsen noch über das Zinsniveau hinaus gesenkt, das sie für die Einhaltung des mittelfristigen Inflationsziels von 2,5% +/-1 Prozentpunkt für notwendig erachtete. Zu Beginn dieses Jahres setzte die NBP diese Strategie fort und senkte im Frühjahr erneut zweimal die Leitzinsen; seitdem befinden sie sich auf einem für Polen historisch niedrigen Niveau (Refinanzierungssatz nominal bei 4 Prozent).⁹ Die Inflationsrate lag in den ersten zehn Monaten d. J. im Schnitt bei einem Prozent und damit noch unterhalb des Zielkorridors. Auf den äußerst verhaltenen Preisanstieg wirkten sich sowohl niedrige Lebensmittelpreise wie auch sinkende Preise für Textilwaren infolge massiv importierter Billigtextilien aus. Zudem blieb der Einfluß der internationalen Energiepreise auf das nationale Energiepreisniveau gering. Erst im Herbst kam es wieder zu einer leichten Beschleunigung des Preisanstiegs. Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate wird dennoch nur bei knapp über einem Prozent liegen.

Wirtschaftspolitik der Regierung bislang ohne klares Konzept

Die günstige realwirtschaftliche Entwicklung verlief relativ unabhängig von der Politik der Regierung, die ihr Amt vor einem Jahr angetreten ist. Das Regierungsprogramm sowie die spätere Koalitionsvereinbarung¹⁰ enthalten wenig konkrete wirtschaftspolitische Aussagen; keinerlei Erwähnung finden wichtige Politikbereiche wie die Geldpolitik oder der Beitritt zum Euroraum. Wirtschaftspolitisch werden lediglich zum Beschäftigungsaufbau und zur Investitionsförderung steuerliche und andere finanzielle Anreize für Unternehmen genannt sowie einige sozialpolitische Maßnahmen-

pakete,¹¹ die jedoch allesamt zu Lasten des Haushalts gehen und wenig Rücksichtnahme auf die Erzielung haushaltspolitischer Konvergenz im Vorfeld der Euroeinführung erkennen lassen.

Der EU-Ministerrat kritisierte im Frühjahr in seiner Stellungnahme zum aktualisierten Konvergenzprogramm Polens eine ungenügende Ausrichtung auf die nachhaltige Reduzierung des Budgetdefizits bis 2007 und die Verschiebung der Haushaltsreformen auf die Jahre 2007 und 2008.¹² Berechnet nach der ab nächstem Frühjahr verbindlichen Methode von Eurostat (einschließlich der jährlichen Kosten für die Pensionsreform) würde die Reduzierung des Defizits unter die 3%-Grenze für Polen voraussichtlich erst in das Jahr 2009 fallen. Ganz offensichtlich spielt das aber für die Regierung keine so wichtige Rolle, denn bezüglich der Euroeinführung ließ sie bislang nur verlauten, man wolle „nicht sofort dem Euroraum beitreten“. Mit eben dieser ungenauen Formulierung drückte die regierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) schon in ihrem Wahlprogramm die Befürchtung aus, daß eine zügigere Euroübernahme die polnische Wirtschaft einem zu starken Konkurrenzdruck aussetzen würde. Hatte die Vorgängerregierung noch den Beitritt zum Wechselkursmechanismus II als zweijährige Vorstufe zum Euroraum für das Jahr 2007 angestrebt, so nannte das Finanzministerium nunmehr das Jahr 2010, in dem ein Referendum über die Euroeinführung stattfinden solle. Auch der neunköpfige Geldpolitische Rat der Polnischen Nationalbank, das Entscheidungsgremium für die Geldpolitik, hatte sich in der Vergangenheit mehrfach für eine möglichst rasche Einführung des Euro ausgesprochen, da dies für Polen hinsichtlich eines langfristig stabilen Wirtschaftswachstums günstig wäre.¹³ Angesichts der konkreten Zeitpläne der übrigen osteuropäischen Beitrittsländer für den Beitritt zum Euroraum wäre eine währungspolitische „Insellösung“ auch nicht ohne Risiken für den Zloty bezüglich spekulativer Attacken.

Dagegen dürfte die von der Regierungspartei erklärte Absicht, die geldpolitischen Kompetenzen zukünftig allein auf den Zentralbankchef zu übertra-

⁹ Das Zinsniveau ist gleichwohl im Vergleich zu anderen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern noch immer am oberen Rand.

¹⁰ Die aus den Parlamentswahlen 2005 hervorgegangene Minderheitsregierung der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) regiert seit dem Frühjahr dieses Jahres in Koalition mit zwei Splitterparteien, der rechtskonservativen Bauernpartei „Selbstverteidigung“ (SO) und der national-konservativen „Liga der Polnischen Familien“ (LPR).

¹¹ Genannt sind die Programme „Wachstum durch mehr Beschäftigung“, „Investitionsanreize und -vergünstigungen zur Investitionsförderung“ sowie die steuerpolitische Förderung von Familien und ein staatlich gefördertes Wohnungsbauprogramm.

¹² Vgl. Council Opinion on the updated Convergence Programme of Poland. Brussels, March 2006. DOC 7383/06.

¹³ Vgl. National Bank of Poland, Annual Report 2005, Warsaw 2006, S. 26. Auf seiner Sitzung vom 29. November 2006 wiederholte der Rat diese Empfehlung.

gen, eher schwierig zu verwirklichen sein, da die dafür nötige Verfassungsänderung nur mit einer 3/5-Mehrheit im Parlament durchgesetzt werden könnte. Bedeuten würde diese Änderung für die Zentralbank eine Schwächung ihrer Position gegenüber der Regierung, da sie ihre unabhängige Geldpolitik ohne den Geldpolitischen Rat sehr viel schwieriger durchsetzen könnte. Im Endeffekt könnte dies sogar eine Rückkehr zu höheren Inflationsraten bedeuten, falls es künftig schwierig werden sollte, die gebotene Inflationsrate im Euroraum zu erreichen.¹⁴

Günstige Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung im nächsten Jahr, aber Risiken bleiben

Die wirtschaftliche Entwicklung hat in diesem Jahr vor allem von der gestiegenen Nachfrage nach Investitionsgütern im Inland und aus dem Ausland profitiert. Im Inland wurde sie auch von einer nochmals weiter gelockerten Geldpolitik stimuliert. Im Ausland hat sich die konjunkturelle Lage weiter aufgehellt. Die Trendwende am Arbeitsmarkt hin zu einem Beschäftigungsaufbau hat sich verfestigt, die Arbeitslosenrate ging im Jahresverlauf weiter zurück.

Die wirtschaftlichen Aussichten für das laufende und das nächste Jahr sind günstig. Weitere Impulse für eine rege Expansion der Wirtschaftslei-

stung werden vor allem von der Binnenwirtschaft kommen. Das Investitionsklima wird sich weiter verbessern. Der Außenbeitrag dürfte aufgrund der anhaltend starken Importentwicklung in etwa neutral ausfallen. Vor diesem Hintergrund wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit 5,2% deutlich kräftiger als im Vorjahr expandieren. Im nächsten Jahr dürfte der Zuwachs ebenfalls hoch ausfallen und um die 5 Prozent liegen.

Dennoch bleiben Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung, die von der politisch instabilen Lage im Land ausgehen und in ihrem Ausmaß schwer zu beziffern sind. Da die wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Regierung noch immer unklar sind, wichtige Reformschritte verzögert werden oder ihnen keine Priorität mehr eingeräumt wird, ist auf mittlere Sicht eher damit zu rechnen, daß das Wirtschaftswachstum sein Potential nicht erreichen kann. Damit wird Polen wohl nicht nur der Eurozone erst nach 2010, und damit später als die meisten anderen osteuropäischen Länder, beitreten, sondern es riskiert auch Verzögerungen in bezug auf den wirtschaftlichen Aufholprozeß in der erweiterten Union.

Martina Kämpfe

Martina.Kaempfe@iwH-halle.de

Schwierigkeiten der Investitionsförderung – Der Fall CargoLifter AG

In seiner Regierungserklärung vom 24. November 1999 sagte der damalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe:¹⁵ „Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West gehört seit der Wiedervereinigung zu den politischen Hauptforderungen. Dieses Ziel muß ohne Abstriche erreicht werden und hat deshalb höchste Priorität.“ Weiter führte er aus: „Vor allem Hochtechnologien, über die Brandenburg bereits verfügt, wollen wir weiter ansiedeln.“

Vor dem Hintergrund dieser politischen Zielsetzung wurden durch die brandenburgische Landesregierung einige spektakuläre Investitionsvor-

haben gefördert, zu denen auch das Projekt der CargoLifter AG gehört. Dieses Unternehmen eignet sich als besonders aufschlußreiches Fallbeispiel dafür, daß der Staat bei seinen wirtschaftspolitischen Eingriffen an Grenzen stößt.¹⁶

Ansiedlung der CargoLifter AG in Brandenburg

Im Jahr 1996 wurde die CargoLifter AG gegründet. Dieses Unternehmen wollte eine Logistikdienstleistung produzieren, deren Hauptmerkmal der Transport großvolumiger und schwerer Güter sein sollte. Als innovatives Kernelement dieser Dienstleistung war der Betrieb eines Luftschiffes geplant.¹⁷ Umständliche und kostenintensive Straßenschwerlasttransporte wären damit umgangen worden. Ex-

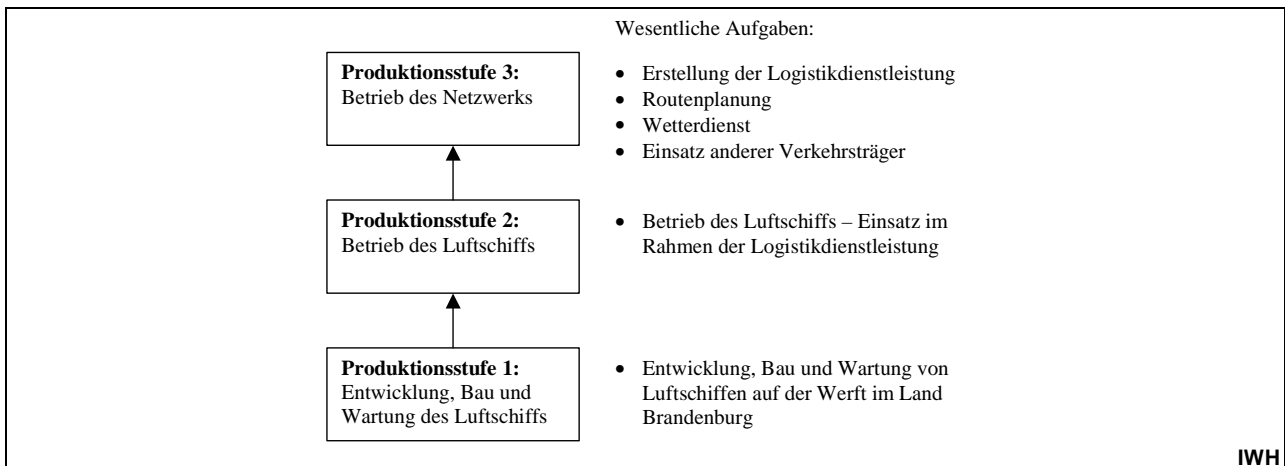
¹⁴ Die Ratingagentur Moody's äußerte kürzlich Bedenken, die kritische Haltung der Regierung gegenüber dem unabhängigen Zentralbankrat könne sich negativ auf die Kreditwürdigkeit Polens auswirken. Vgl. Poland's awkward government, in: The Economist, December 2nd 2006, S. 32.

¹⁵ STOLPE, M.: Kräfte Bündeln und Chancen für Brandenburg nutzen, Regierungserklärung vom 24. November 1999, <http://www.brandenburg.de/land/stk/reden/1999/1124.htm>, Zugriff am 31.07.2006.

¹⁶ Dieser Beitrag bezieht sich auf eine umfangreiche Analyse zur Förderung der CargoLifter AG. Vgl. TITZE, M.: Probleme einer strategischen Handelspolitik. Eine Untersuchung am Beispiel der CargoLifter AG. Wiesbaden 2005.

¹⁷ Vgl. SCHNEIDER, W.: Erfahrungen aus meinem Einsatz bei CargoLifter, in: Informationen für Gläubiger und Aktionäre 2003, www.insolnet.de, Zugriff am 28.01.2004.

Abbildung 1:
Stufen des CargoLifter-Produktionsverfahrens



Quelle: Titze, M.: Probleme einer strategischen Handelspolitik. Eine Untersuchung am Beispiel der CargoLifter AG. Wiesbaden 2005, S. 13.

perten bestätigten dieser Technologie gute Marktchancen. Da ein solches Luftschiff aber nicht zur Verfügung stand, mußte es von der CargoLifter AG selbst entwickelt und gebaut werden.¹⁸

Die CargoLifter AG plante ein dreistufiges Produktionsverfahren (vgl. Abbildung 1).

Das mit der Entwicklung und dem Bau des Luftschiffs (Produktionsstufe 1) beauftragte Tochterunternehmen dieser Gesellschaft, die CargoLifter Development GmbH, hatte sich im Land Brandenburg angesiedelt. Sie war eine einhundertprozentige Tochtergesellschaft der CargoLifter AG, die den Status einer Holding hatte.¹⁹

Die brandenburgische Landesregierung gewährte dem Unternehmen Subventionen nach der Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA)“.²⁰ Gegenstand dieser Richtlinie sind nach Nr. 1.2 „Zuwendungen für Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft (...), durch die die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft (...) gestärkt und neue Arbeitsplätze geschaffen oder vorhandene gesichert werden.“ Das geförderte Investitionsvorhaben im

Fall der CargoLifter AG war der Bau der Werfthalle in Brandenburg, in der später die Luftschiffproduktion (Produktionsstufe 1) stattfinden sollte. Die Investitionssumme belief sich auf insgesamt 79,6 Mio. Euro, und der Zuschuß betrug 39,4 Mio. Euro.²¹ Voraussetzung für die Zuwendung war, daß auf dem Werftgelände in Brandenburg 239 Dauerarbeitsplätze entstehen.

Zahlungsschwierigkeiten im Jahr 2002 führten schließlich zur Insolvenz des Unternehmens. Eine Erhaltungslösung²² im Rahmen des Insolvenzverfahrens konnte nicht umgesetzt werden. Die Werfthalle wurde an einen malaysischen Investor verkauft, der sie zu einer Freizeiteinrichtung umbaute.

Sichtweisen zur Rechtfertigung der Förderung der CargoLifter AG

Es stellt sich die Frage, wie die Förderung der CargoLifter AG zu bewerten ist. Zur Rechtfertigung der Subventionierung dieses Unternehmens können die unterschiedlichsten Argumente herangezogen werden. Sie sind Ausdruck davon, daß es verschiedene Sichtweisen hinsichtlich der Notwendigkeit bzw. Existenz einer derartigen Förde-

¹⁸ Die Idee, ein Luftschiff zum Transport großvolumiger und schwerer Güter einzusetzen, ist nicht neu. Bereits in den 1960er Jahren gab es diesbezüglich Planungen in der Sowjetunion. Vgl. AHNER, H.: Kommt das Luftschiff wieder?, in: Urania Universum. Leipzig, Jena, Berlin 1964, S. 126-137.

¹⁹ Im Jahr 2002 war die CargoLifter AG an fast einem Dutzend Tochtergesellschaften beteiligt, bei den meisten mit 100%. Vgl. TITZE, M., a. a. O., S. 21-23.

²⁰ Bekanntmachung des Ministeriums für Wirtschaft des Landes Brandenburg im Amtsblatt Nr. 1, vom 3. Januar 2001.

²¹ Darüber hinaus erhielt das Unternehmen einige kleinere Subventionsbeträge, so daß sich eine Gesamtförderung von rund 50 Mio. Euro ergibt. Vgl. CARGOLIFTER AG: Informationen über oft wiederholte Pauschal-Argumente bezüglich der CargoLifter AG, in: CargoLifter AG – News, [http://www.cargolifter.com/C1256B02002FDB08/html/230fa288a27cb8f6c1256bbc002cb8c6/\\$file/Pauschal-Argumente.pdf](http://www.cargolifter.com/C1256B02002FDB08/html/230fa288a27cb8f6c1256bbc002cb8c6/$file/Pauschal-Argumente.pdf), Zugriff am 18.05.2002.

²² MÖNNING, R.; SCHNEIDER, W.: Antrag auf Gewährung eines Darlehens aus dem ERP-Fonds zur Entwicklung eines Hybrid-Luftschiffs „Skyship/EURLifter“, 2003.

Tabelle 1:

Verschiedene wirtschaftspolitische Sichtweisen zur Förderung der CargoLifter AG

Sichtweisen		Argumente zur Rechtfertigung der Förderung der CargoLifter AG
1	Korrektur von Marktmängeln	Effiziente Märkte erzeugen
2	Korrektur von Marktmängeln + Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit	Langfristige Einkommens- und Beschäftigungseffekte > kurzfristige Kosten des staatlichen Eingriffs
3	Korrektur von Marktmängeln + Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit + Erzeugen von Marktmacht	Langfristige Außenhandelsgewinne > kurzfristige Kosten des staatlichen Eingriffs

Quelle: Darstellung des IWH.

rung gibt. Ihnen allen gemeinsam ist, daß in irgendeiner Form Marktmängel korrigiert werden müssen. Die Tabelle 1 gibt einen Überblick, welche Sichtweisen sich bei der Förderung der CargoLifter AG herauskristallisieren.

Die erste Sichtweise entspricht einer liberalen Haltung. Staatliche Eingriffe sollten nur bei Marktversagen erfolgen und daher die absolute Ausnahme sein.

Die zweite Sichtweise zielt auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit ab. Durch eine staatliche Unterstützung können die Unternehmen Aktivitäten ergreifen (z. B. Investitionen, FuE-Aktivitäten usw.), die sie unter (unvollkommenen) Marktbedingungen nicht durchgeführt hätten. Wettbewerbsfähige Unternehmen generieren Einkommens- und Beschäftigungseffekte in der betreffenden Region, die letztendlich das Motiv für die Förderung sind.

Die dritte Sichtweise erweitert schließlich die zwei vorangegangenen Standpunkte um den Tatbestand der strategischen Handels- und Industriepolitik. Staatliche Eingriffe werden gerechtfertigt, um den technologischen Anschluß an andere Regionen nicht zu verlieren bzw. technologischer Führer auf internationalen Märkten zu werden.

Die folgenden Ausführungen werden die Argumente für die Förderung der CargoLifter AG den einzelnen Sichtweisen zuordnen. An dieser Stelle sei angemerkt, daß diese Sammlung von Argumenten keinesfalls vollständig ist. Es lassen sich sicherlich noch weitere Argumente aufführen. In diesem Beitrag können nur diejenigen detailliert beschrieben werden, die im konkreten Fall der CargoLifter AG unstrittig sind.

Marktmängel im Fall der CargoLifter AG

Bis zur Insolvenz gelang es der CargoLifter AG immerhin, rund 220 Mio. Euro über den Kapitalmarkt zu beschaffen.²³ Fehler im Projektmanagement führten dazu, daß das Projekt immer mehr in Zeitverzug geriet. In der gesamten Projektphase

wurden zudem nur ca. 30% der finanziellen Mittel für FuE-Aktivitäten eingesetzt. Nach der Meinung ausgewiesener Experten aus der Luftfahrtindustrie war dieser Anteil viel zu gering. Unter diesen Umständen mußte eine weitere Zufuhr von finanziellen Mitteln schließlich scheitern.²⁴

Hinweise auf Marktmängel deuteten sich an, als die Finanzierung der im Jahre 2002 im Zuge des Insolvenzverfahrens angestrebten Fortführungslösung mit einem neuen Management nicht gelang. Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ein höherer Bedarf an Grundlagenforschung bei der Entwicklung des Luftschiffs (Produktionsstufe 1) ab, als vorab geschätzt wurde. Luftschiffe waren zwar schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt worden, jedoch ist die Konstruktion des Luftschiffs der CargoLifter AG völlig neuartig (Prallluftschiff mit starrem Kiel, Lastaustauschverfahren, Masserückgewinnungssysteme usw.). Oft sind die aus der Grundlagenforschung gewonnenen Erkenntnisse jedoch nicht direkt verwertbar (z. B. in Form von Patenten), sondern dienen lediglich als Input für weitere FuE-Tätigkeiten.²⁵ Das hohe unternehmerische Risiko und das Problem, die FuE-Ergebnisse nicht direkt verwerten zu können, gestalteten die Finanzierung der Fortführung der CargoLifter AG sehr schwierig (vgl. Abbildung 2).

Verstärkt wurde dieses Problem im Sommer 2002, als zunehmend Bilanzierungsskandale in der „New Economy“ bekannt wurden.

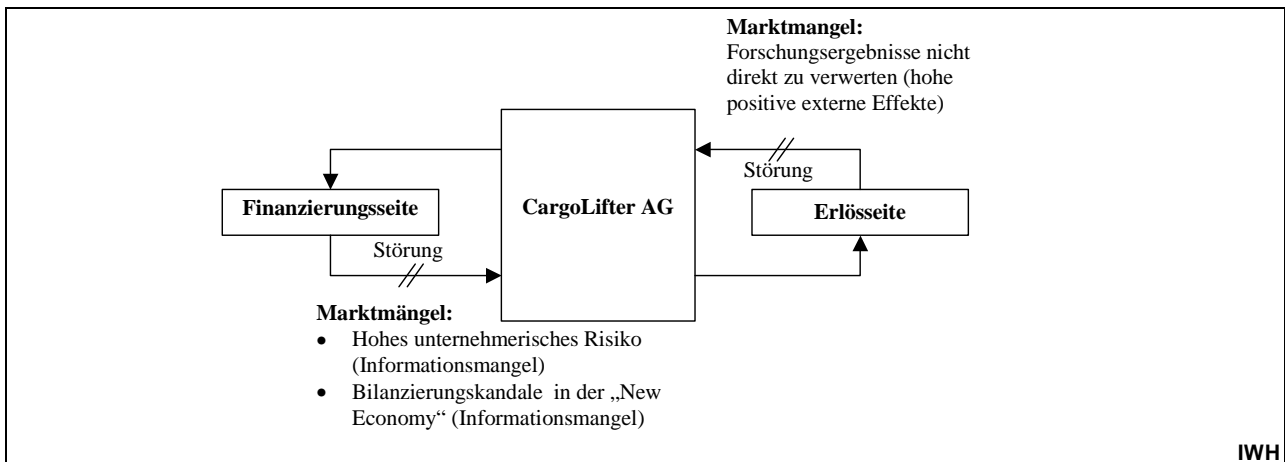
Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß man die Insolvenz der CargoLifter AG wegen des mangelhaften Projektmanagements als Ergebnis eines gut funktionierenden Marktes interpretieren kann (Selektionsfunktion). An späterer Stelle ist noch zu prüfen, ob die Entscheidung für die GA-Förderung die Fehler im Projektmanagement auslöste bzw. begünstigte.

²⁴ Vgl. SCHNEIDER, W., a. a. O.

²⁵ Vgl. EWERS, H.-J.; FRITSCH, M.: Zu den Gründen staatlicher Forschungs- und Technologiepolitik, in: Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie, Band 6, 1987, S. 108-135.

²³ Vgl. TITZE, M., a. a. O., S. 30 ff.

Abbildung 2:
Marktmängel im Fall der CargoLifter AG



Quelle: Darstellung des IWH.

Ein sicherlich unstrittiger Rechtfertigungsgrund für die Förderung der CargoLifter AG ist das hohe Ausmaß der Grundlagenforschung. Da ihre Ergebnisse nicht direkt verwertbar sind, kann die Grundlagenforschung als öffentliches Gut aufgefaßt werden. Bei den öffentlichen Gütern versagt der Marktmechanismus, weshalb ein staatlicher Eingriff gerechtfertigt ist. Mit gewissen Abstrichen könnte man die Förderung der CargoLifter AG auch mit Informationsmängeln begründen.

Einkommens- und Beschäftigungseffekte im Fall der CargoLifter AG

Die zweite Sichtweise akzeptiert gewisse Marktmängel – im Zentrum steht jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Durch staatliche Eingriffe sollen Aktivitäten bei den Unternehmen (z. B. Investitionen, FuE-Aktivitäten usw.) ausgelöst werden, die die Unternehmen unter (unvollkommenen) Marktbedingungen so nicht durchgeführt hätten. Durch die GA-Förderung führte die CargoLifter AG eine Investition (Bau der Werfthalle) durch, aus der Einkommens- und Beschäftigungseffekte hätten entstehen können. Die von Großinvestitionen ausgelösten Effekte können sehr vielfältiger Art sein. In diesen Fällen sind folgende Wirkungen interessant:²⁶

- direkte und indirekte Beschäftigungseffekte, die aus der Errichtung der neuen Anlage (Bau der Werfthalle) resultieren;

- direkte und indirekte Beschäftigungseffekte, die vom laufenden Betrieb der neu errichteten Anlage (Entwicklung, Bau und Wartung von Luftschiffen auf der Werft im Land Brandenburg) resultieren;
- Beschäftigungseffekte, die über die Verausgabung des Einkommens der Beschäftigten entstehen, die zunächst direkt oder indirekt an der Errichtung der neuen Anlage (Bau der Werfthalle) teilhaben und später direkt oder indirekt mit deren Betrieb verbunden sind (Entwicklung, Bau und Wartung von Luftschiffen).

Alles in allem waren die Einkommens- und Beschäftigungseffekte das Hauptmotiv für die brandenburgische Landesregierung, der CargoLifter AG Fördermittel zuzuweisen. In der Richtlinie zur Gewährung von Investitionszuschüssen für die gewerbliche Wirtschaft heißt es in Nr. 4.2: „Das Investitionsvorhaben muß geeignet sein, durch Schaffung von zusätzlichen Einkommensquellen das Gesamteinkommen in dem jeweiligen Wirtschaftsraum unmittelbar und auf Dauer nicht unwesentlich zu erhöhen (Primäreffekt).“

Ausnutzen von Marktmacht im Fall der CargoLifter AG

Bei der dritten Sichtweise kommt das strategische Denken der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger unter der Ausnutzung von Marktmacht hinzu. Bei der Produktionsstufe 1 (vgl. Abbildung 1) ist die Entwicklung des Luftschiffs durch einen sehr hohen FuE-Bedarf gekennzeichnet. Expertenschätzungen gingen hier von einem Betrag von 460 bis 580 Mio. Euro aus.²⁷ Zudem treten gerade in der Luftfahrt-

²⁶ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LUDWIG, U.: Gesamtwirtschaftliche Effekte von Großinvestitionen, in: Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse in Deutschland. Tagungsband. IWH-Sonderheft 4/2003, S. 151-180.

²⁷ Vgl. SCHNEIDER, W., a. a. O.

industrie sehr hohe Lernkurveneffekte auf.²⁸ Daher wären sinkende Durchschnittskosten sehr wahrscheinlich gewesen. Die sinkenden Durchschnittskosten werden dann an die nachfolgenden Produktionsstufen 2 und 3 (vgl. Abbildung 1) weitergegeben. Sind im relevanten Absatzbereich die Durchschnittskosten der CargoLifter AG geringer als die der etablierten Schwerlasttransportunternehmen, dann kann die CargoLifter AG den Markt als einziger Anbieter bedienen. Stabil wird diese Marktstellung, wenn potentielle Nachahmer den Markteintritt wegen möglicher hoher versunkener Kosten scheuen.²⁹ Unter diesen Bedingungen hätte die CargoLifter AG mit ihrer Logistikdienstleistung im Ergebnis überdurchschnittliche Gewinne auf den internationalen Märkten erreichen können. Dieses Kalkül könnte man sich in der brandenburgischen Landesregierung zu Nutze machen, indem sie mit Subventionen der CargoLifter AG zu einem „head-start“ auf Weltmarktebene verhilft. Dadurch kann ein Vorsprung erreicht werden, der von der Konkurrenz nicht mehr aufzuholen ist. Sind die auf den internationalen Märkten erzielten Gewinne größer als die Subvention, kommt es zu einem Nettowohlfahrtseffekt.³⁰

Beurteilung der Förderung im Fall der CargoLifter AG

Aus den vorangegangenen Abschnitten ist ersichtlich, daß Argumente für eine Förderung der CargoLifter AG vorgelegen haben. Grundsätzlich sollte ein Förderinstrument drei Kriterien³¹ erfüllen:

- **Treffsicherheit:** Mit dem Instrument sollte langfristig ein klar definierter wirtschaftspolitischer Zielwert (z. B. Erhöhung der Anzahl an Arbeitsplätzen um einen bestimmten Wert) erreicht werden können.

²⁸ Vgl. BLETSCHACHER, G.; KLODT, H.: Strategische Handels- und Industriepolitik – Theoretische Grundlagen, Branchenanalysen und wettbewerbspolitische Implikationen. Tübingen 1992, S. 74 ff.

²⁹ Vgl. BAUMOL, W. J.: Contestable Markets: An Uprising in the Theory of Industry Structure, in: The American Economic Review, Jahrgang 72, März 1982, S. 1-15.

³⁰ Vgl. BRANDER, J. A.; SPENCER, B. J.: Export Subsidies and International Market Share Rivalry, in: Journal of International Economics, Vol. 18, 1985, S. 83-100. – KRUGMAN, P. R.: Is Free Trade Passé?, in: Economic Perspectives, Jahrgang 1, Heft 2 1987, S. 131-144. – RAUSCHER, M.: Markteintritt durch Exportsubventionen, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Band 110, 1990, S. 83-91.

³¹ Diese Aufzählung ließe sich ohne weiteres erweitern. Bei den hier genannten Kriterien handelt es sich um Anforderungen, die mindestens erfüllt sein müssen.

- **Anreize:** Das Instrument sollte Anreize bieten für den Empfänger der Subvention, durch seine wirtschaftliche Tätigkeit langfristig aus gesamtwirtschaftlicher Sicht wünschenswerte Ergebnisse zu erreichen (z. B. Verhinderung von Gewöhnungseffekten, Erhöhung der FuE-Aktivitäten usw.).
- **Effizienz:** Wenn das Unternehmen mit zusätzlicher Liquidität versorgt wird, dann muß das Instrument so wirken, daß das Unternehmen diese finanziellen Mittel bestmöglich einsetzen kann. Sie führen also in keiner anderen Verwendung zu einem besseren Ergebnis.

Im Fall der CargoLifter AG kann man feststellen, daß die GA-Förderung keines dieser drei Kriterien erfüllte.

Fehlende Treffsicherheit im Fall der CargoLifter AG

Legt man einen kurzfristigen Zeitraum zugrunde, haben die Fördermittel zweifelsfrei dazu beigetragen, die Finanzierungsengpässe der CargoLifter AG zu beseitigen. Dadurch wurden kurzfristig Marktmängel korrigiert (Sichtweise 1) sowie durch den Bau der Werfthalle die Grundlagen für die Generierung von Einkommens- und Beschäftigungseffekten (Sichtweise 2) und Außenhandelsgewinnen (Sichtweise 3) gelegt. Aus langfristiger Sicht kann die GA-Förderung der CargoLifter AG keinesfalls als treffsicher bezeichnet werden. Expertenschätzungen während des Insolvenzverfahrens gingen davon aus, daß man bis zur Serienreife des Fluggerätes eine Summe von 460 bis 580 Mio. Euro für FuE-Aktivitäten benötigt hätte.³² Der überwiegende Anteil davon hätte den Bereich der Grundlagenforschung betroffen, der aber gerade durch Marktversagen gekennzeichnet ist. Ein treffsicheres Förderinstrument müßte finanzielle Mittel in etwa dieser Größenordnung freisetzen. Die Höhe der GA-Förderung ist jedoch an die Summe des Investitionsvorhabens (Baukosten der Werfthalle 79,6 Mio. Euro) gebunden. Daher sind bei der CargoLifter AG nur 39,4 Mio. Euro für FuE-Aktivitäten frei geworden.

Fehlende Anreize im Fall der CargoLifter AG

Die Aussicht auf die GA-Förderung gab letztendlich den Anreiz, daß sich die CargoLifter AG für den Bau der Werfthalle entschied. Damit ging die CargoLifter AG versunkene Kosten³³ ein, und das Unternehmen hat sich an einen Markteintritt ge-

³² Vgl. SCHNEIDER, W., a. a. O.

³³ Versunkene Kosten sind der Wiederverkaufswert von Vermögensteilen minus deren Anschaffungskosten.

bunden.³⁴ Dieses Signal muß aber für die Marktakteure (Finanziers, Wettbewerber, Nachfrager usw.) glaubwürdig sein, und das war bei der Cargo-Lifter AG nicht der Fall. Die Werfthalle wurde im Jahr 2000 fertiggestellt, aber wesentliche Entwicklungsschritte für das Luftschiff waren noch nicht abgeschlossen. Der Markteintritt hätte in absehbarer Zukunft nicht vollzogen werden können. Die in Aussicht stehenden GA-Mittel für den Bau der Werfthalle stellten demnach einen aus gesamtwirtschaftlicher Sicht unerwünschten Anreiz für die CargoLifter AG dar, eine Kapazität zu errichten, die vom Markt keineswegs als glaubwürdiges Signal verstanden werden würde.

Fehlende Effizienz im Fall der CargoLifter AG

Die GA-Förderung war im Fall der CargoLifter AG nicht effizient. Der Bau der Werfthalle hat Eigenmittel sowie finanzielle Mittel für den Unterhalt der Werfthalle und das Werftpersoneal gebunden (239 eingestellte Arbeitskräfte, die beim Bau des Luftschiffs eingesetzt werden sollten). Die finanziellen Mittel hätten aber einer besseren Verwendung – den FuE-Tätigkeiten – zugeführt werden müssen, um die Entwicklung des Luftschiffs abzuschließen. Ausdruck dieser Ineffizienz ist, daß in der gesamten Projektphase nur ca. 30% des Kapitals für FuE-Aktivitäten eingesetzt wurden. Mit einer Ausweitung der FuE-Aktivitäten hätte man einen flugfähigen Erprobungsträger entwickeln und präsentieren können. Dies baut zweifelsfrei Informationsdefizite auf der Finanzierungsseite ab und eröffnet damit weitere Finanzierungsmöglichkeiten.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

Abschließend muß man festhalten, daß die GA-Förderung im Fall der CargoLifter AG versagt hat. Die brandenburgische Landesregierung hätte erkennen müssen, daß die CargoLifter AG noch umfassende FuE-Aktivitäten durchführen mußte. Das Versagen ist letztendlich Ausdruck von Informationsmängeln des Staates. Informationsmängel sind nur einer von vielen Kritikpunkten, die gegen einen staatlichen Eingriff im Zusammenhang mit der Förderung von Unternehmen vorgetragen werden.³⁵ Es stellt sich die Frage, ob die Entscheidungsträger der Wirtschaftspolitik wirklich besser informiert

sein können als die Akteure auf den Märkten.³⁶ Das ist aus praktischer Sicht zu bezweifeln. In letzter Konsequenz bedeutet das, daß auf derartige wirtschaftspolitische Eingriffe ganz verzichtet wird.

Ob trotz der vielen Risiken eine Förderung von Unternehmen durchgeführt wird, ist letztendlich auch ein politökonomisches Problem. Wenn man sich aber mit einem gewissen Restrisiko für einen Eingriff entscheidet, dann muß vor jeder Fördermittelzusage detailliert geprüft werden, ob das avisierte Förderinstrument treffsicher sowie effizient ist und ob von ihm aus gesamtwirtschaftlicher Sicht gewünschte Anreize ausgehen. Die Indizien sprechen dafür, daß genau das im Fall der CargoLifter AG nicht bzw. nur unzureichend geschehen ist.

Grundsätzlich ist kritisch zur GA-Förderung anzumerken, daß der Zuwendungsempfänger die Arbeitsplätze höchstens für einen Zeitraum von fünf Jahren sichern muß. Er ist nach Ablauf der fünf Jahre nicht mehr an den Standort in der betreffenden Region gebunden. Unter Ausnutzung von Mitnahmeeffekten kann sich das entsprechende Unternehmen aus der Region zurückziehen. Die durch die Förderung induzierten Arbeitsplätze würden danach wieder wegfallen.

Epilog

Der Fall der CargoLifter AG ist darüber hinaus ein Beispiel für regulatorische Risiken bzw. Chancen.³⁷ Großvolumige und schwere Güter werden heute meist als Straßenschwerlasttransporte abgewickelt. Damit einher gehen hohe negative externe Effekte. Das sind insbesondere Stauungskosten (Zeit- und Betriebskosten) sowie die Kosten für eine Anpassung der Straßeninfrastruktur (z. B. Anhebung von Brücken, Befestigung und Ausbau von Straßen usw.). Eine Form der Internalisierung dieser negativen externen Effekte wäre z. B. das absolute Verbot von Straßenschwerlasttransporten. Der regulatorische Eingriff hätte der CargoLifter AG bzw. dieser neuen Technologie – quasi über Nacht – ein enormes zusätzliches Absatzpotential beschert. Unter diesen Umständen hätte es sicherlich noch mehr Impulse für eine private Finanzierung der CargoLifter AG gegeben.

Mirko Titze

(Mirko.Titze@iwh-halle.de)

³⁴ Vgl. TIROLE, J.: The Theory of Industrial Organization, 6th edition. Cambridge, London 1993, S. 314-323.

³⁵ Vgl. hierzu z. B. WILLMS, M.: Strukturpolitik, in: Bender, D. u. a. (Hrsg.), Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, Band 2, 6. Auflage. München, 1995, S. 371-404.

³⁶ Vgl. hierzu insbesondere HAYEK v., F. A.: Die Anmaßung von Wissen, Neue Freiburger Studien, Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen, Nr. 32. Tübingen 1996.

³⁷ Vgl. TITZE, M., a. a. O., S. 100-102.

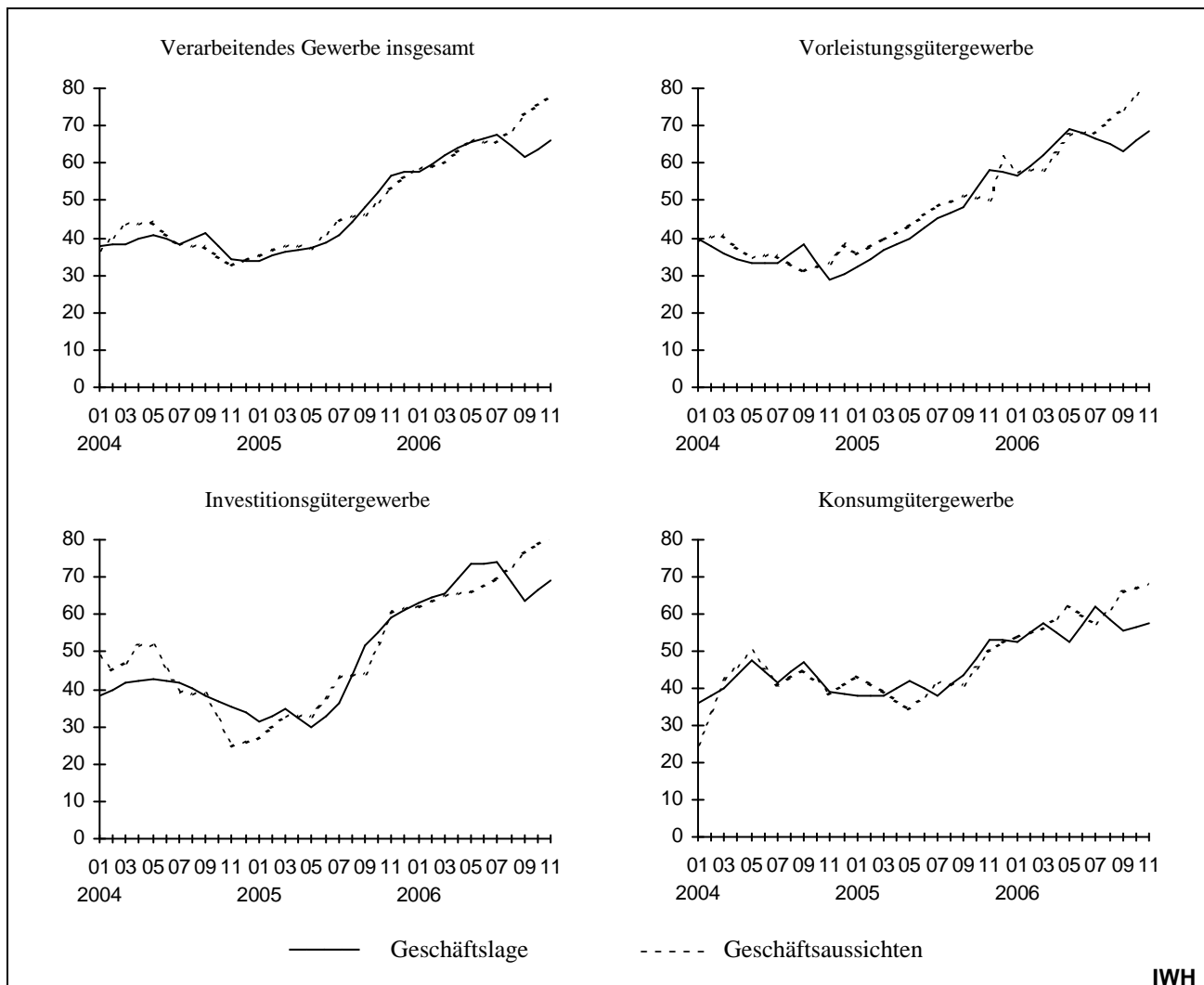
IWH-Industrienumfrage im November 2006: Lageeinbruch wieder wettgemacht

Zum Jahresende 2006 ist die Geschäftslage im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands wieder auf den Aufwärtstrend zurückgekehrt. Die Weichen stehen darüber hinaus auf Fortsetzung dieser Entwicklung. Das dokumentieren die Ergebnisse der IWH-Befragung vom November unter rund 300 Industrie-Unternehmen. Die Beurteilung der aktuellen *Geschäftslage* fällt über alle fachlichen Hauptgruppen hinweg deutlich positiver aus als im September (vgl. Tabelle). Auch die *Geschäftsaussichten* für die nächsten sechs Monate werden nochmals günstiger

als in den Vormonaten beurteilt und übertreffen zudem die entsprechenden Vorjahreswerte erheblich. Starke Impulse kommen vor allem von den Produzenten von Investitionsgütern, von denen rund neun von zehn Unternehmen ein positives Urteil („gut“ bzw. „eher gut“) zu ihrer aktuellen Geschäftssituation abgeben.

Die Hochstimmung ist kein jahreszeitlich bedingtes Phänomen, wie die saisonbereinigten Werte zeigen (vgl. Abbildung). Die Datenreihen zum Verarbeitenden Gewerbe insgesamt zeigen für das lau-

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Periodische Informationen/Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

fende Jahr ein relativ gefestigtes hohes Niveau der Geschäftslage und einen stetigen Aufwärtstrend bei den Geschäftsaussichten.

Dieselbe Tendenz findet sich auf der Ebene der fachlichen Hauptgruppen wieder, vor allem bei den Produzenten von Vorleistungsgütern. Neben den Metallerzeugern und Metallbearbeitern vermelden auch die Unternehmen der Chemischen Industrie eine gute Geschäfts- und Auftragslage.

Im Investitionsgütergewerbe wird die aktuelle Lage wieder deutlich positiver bewertet, was auf die Überwindung der Auftragsflaute vom Sommer zurückzuführen sein dürfte. Das zeigt sich vor allem bei den Maschinenbauern und den Fahrzeugbauern. Darüber hinaus erwartet die Branche auch weitere gute Geschäfte.

Die aktuellen Daten der Konsumgüterproduzenten zeigen ebenfalls nach oben. Besonders die Hersteller von Verbrauchsgütern beurteilen ihre gegenwärtige Geschäftslage besser als im Herbst. So sind die Unternehmen aus dem Textil- Bekleidungs- und Ledergerwerbe sind derzeit zufriedener mit ihrer Lage. Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung bis zum Frühjahr 2007 teilt die Branche den optimistischen Erwartungen im Verarbeitenden Gewerbe tendenziell, auch wenn die Zuversicht wegen der Mehrwertsteuererhöhung nicht ganz so hoch ausfällt.

Cornelia Lang
(*Cornelia.Lang@iwh-halle.de*)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand November 2006 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Nov. 05	Sept. 06	Nov. 06	Nov. 05	Sept. 06	Nov. 06	Nov. 05	Sept. 06	Nov. 06	Nov. 05	Sept. 06	Nov. 06	Nov. 05	Sept. 06	Nov. 06
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	31	39	46	50	44	40	17	16	12	3	1	2	61	65	72
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	34	37	43	45	47	43	18	15	11	3	1	3	59	67	72
Investitionsgüter	30	47	49	53	36	40	14	15	11	3	2	0	66	67	78
Ge- und Verbrauchsgüter	25	35	48	55	44	35	18	20	15	2	1	2	60	58	66
dar.: Nahrungsgüter	26	34	47	53	38	26	20	28	23	1	0	4	57	45	45
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	22	33	35	42	39	42	28	26	20	8	2	3	28	43	54
50 bis 249 Beschäftigte	31	39	43	54	45	43	14	14	12	1	2	2	69	68	73
250 und mehr Beschäftigte	40	47	60	50	40	33	10	13	5	0	0	2	79	74	86
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	25	33	32	48	51	53	25	14	13	2	2	2	45	68	71
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	25	28	30	45	56	56	27	14	11	3	2	3	39	69	72
Investitionsgüter	26	37	32	50	50	56	22	11	12	2	2	0	52	74	76
Ge- und Verbrauchsgüter	22	35	35	51	45	47	25	17	16	2	3	2	46	60	65
dar.: Nahrungsgüter	25	40	41	47	32	34	27	24	21	1	4	4	44	45	50
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	14	25	21	35	47	52	42	24	25	9	4	2	-2	44	46
50 bis 249 Beschäftigte	28	30	30	50	58	55	22	10	13	0	2	2	56	74	71
250 und mehr Beschäftigte	29	44	45	58	43	51	13	13	2	0	0	2	74	74	90

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für November 2006 vorläufig. – ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepaßt.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

Konferenz „Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?“

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) veranstaltet gemeinsam mit der Handelshochschule Leipzig (HHL) am 9. und 10. März 2007 die Konferenz „Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?“. Das Ziel der Konferenz ist es, zu dem im Titel beschriebenen Themenfeld ausgewiesene Experten aus Theorie und Praxis zusammenzuführen.

Tagung „Aufbau Ost - Unerfüllbarer Traum oder realistische Chance?“

Am 16. und 17. März 2007 veranstaltet das IWH gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing eine Tagung zum Thema „Aufbau Ost – Unerfüllbarer Traum oder realistische Chance?“. Die Veranstaltung soll dazu beitragen, ein der interessierten Fachöffentlichkeit ein Diskussionsforum zu bieten. Das vorläufige Programm ist unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop160307/program.htm> erhältlich; Anmeldungen sind möglich bei der Akademie für politische Bildung (<http://www.apb-tutzing.de/>).

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Durchgeführte Veranstaltungen

Tagung „Halle Forum on Urban Economic Growth“

Das IWH veranstaltete unter Federführung der Abteilung Stadtökonomik am 23. November 2006 einen international besetzten Workshop mit dem Oberthema Determinanten des städtischen Wirtschaftswachstums und relevante Entwicklungen in urbanen Räumen. Die vorgestellten wissenschaftlichen Beiträge behandelten die Themenbereiche Wissensspillovers und Agglomerationsvorteile, innerstädtische Wohnortwahl und Stadtstruktur, Größenvorteile in der kommunalen Wasserversorgung, informelle Ökonomie und Bereitstellung öffentlicher Räume sowie die Frage der Ausrichtung der Regionalpolitik in den neuen EU-Mitgliedsländern auf die Förderung von Agglomerationsräumen. Abgerundet wurde die Tagung durch einen Vortrag zur derzeitigen Praxis der Stadtentwicklungspolitik in Sachsen-Anhalt.

7. Workshop „Makroökonomie“

Am 7. und 8. Dezember 2006 fand am Institut für Wirtschaftsforschung Halle der 7. Makroökonomische Workshop statt. Der Workshop wurde gegenüber den Vorjahren durch die Gewinnung international renommierter Keynote Speaker aufgewertet. Die Sitzungen zu den Themen „Forecasting Evaluation in Macroeconometrics“, „Structural Models and Forecasting“ und „Structural Models and New Philipps Curves“ sowie eine abschließende Diskussionsrunde der Keynote Speaker zu der Frage „Is Macroeconometrics Back?“ zeigten aktuelle Entwicklungen der makroökonomischen Forschung und deren Bedeutung vor dem Hintergrund der Verbreitung von Gleichgewichtsmodellen auf.